

**Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.
- ISOR e.V.-**

EntschlieÙung

der Vertreterversammlung der ISOR e.V. vom 6./7. November 2009

Die Vertreterversammlung hat die Arbeit unserer Organisation in der zurückliegenden Legislaturperiode erörtert, den eingeschlagenen Weg zur Überwindung des Rentenstrafrechts bestätigt und festgestellt, dass der politische und rechtliche Kampf konsequent weiterzuführen ist. Sie schätzt dabei die Größe und die Schwierigkeit der vor uns liegenden Aufgaben hoch ein, sieht zugleich aber trotz des hohen Alters vieler unserer Mitglieder die Alternativlosigkeit dieser Entscheidung, da Legislative und Exekutive bislang nicht gewillt sind, aus eigenem Entschluss die Wertneutralität des Rentenrechts in Deutschland wiederherzustellen.

Die Vertreterversammlung bekräftigt den Willen und die Entschlossenheit der Mitglieder, wie sie auch in den eindrucksvollen Ergebnissen der Sammelpetition an den 17. Deutschen Bundestag zum Ausdruck kommen, die nunmehr seinem Petitionsausschuss gleich zu Beginn der Legislaturperiode unterbreitet werden sollen.

Im Ergebnis der Bundestagswahl vom 27. September 2009 ist die politische Führung in Deutschland weiter nach rechts gerückt und es beginnen sich deutlich – in den Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU/FDP ablesbar – wirtschaftlich und politisch so genannte marktliberale Positionen durchzusetzen. Damit wird die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben weiter forciert, werden die Reichen weniger Steuern zahlen und die Lasten der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter auf die sozial Schwachen abgewälzt. Die Rentengarantie wird wieder zur Disposition gestellt. Die wahlwerbewirksamen Rentenerhöhungen aus 2009 werden bereits im nächsten Jahr durch steigende Beiträge für die Kranken- und die Pflegeversicherung sowie durch Zuzahlungen für medizinische Behandlungen und Medikamente wieder aufgehoben. Es bleibt zu erwarten, dass die jetzt diskutierte Rentenangleichung Ost – West sich allenfalls als Nullsummenspiel darstellen wird, wie das die FDP bereits vor Jahresfrist programmatisch vorgelegt hatte. Befürchtungen weiteren massiven Sozialabbaus einschließlich zunehmender Altersarmut in Deutschland, die wir teilen, nehmen so reale Gestalt an.

Die seit Monaten zunehmend schamlosen Verleumdungen der DDR und ihrer Organe, die mit der empörenden Rede von Bundespräsident Köhler am 9. Oktober 2009 in Leipzig ihren vorläufigen Höhepunkt fand, lassen erahnen, dass die politische Führung in Deutschland auch weiterhin nicht gewillt ist, einen gesellschaftlich ausgleichenden Kurs zu fahren und innenpolitisch weiter auf Polarisierung und Konfrontation politischer Kräfte setzt. Hiervon sind unmittelbare Einflüsse auch auf Entscheidungen und längst überfällige Problemlösungen zu solchen sozialen Fragen zu erwarten, für deren Lösung ISOR eintritt.

Zugleich mit dieser Verschärfung unserer Kampfbedingungen wird deutlich eine parlamentarische und außerparlamentarische Stärkung der linker Kräfte in Deutschland sichtbar. Das findet unübersehbar Ausdruck in der Stärkung der Partei DIE LINKE. im Bundestag, in Länderparlamenten und in vielen Kommunalvertretungen und deutet sich auch in ihrer kontinuierlich wachsenden Mitgliederstärke an. Unübersehbar wächst die außerparlamentarische Opposition sowie der Kampfeswille der Gewerkschaften gegen sozialen Kahlschlag und die Bereitschaft ihres Zusammenwirkens mit den Sozialverbänden. Die Aufgabe linker Bewegungen in Deutschland besteht unter diesen Bedingungen darin, die Aktionseinheit im praktischen Handeln unter Einschluss der Gewerkschaften und der Sozialverbände zu stärken. Wir rufen unsererseits unsere Mitglieder in der Partei DIE LINKE. sowie in anderen linken Parteien und Bewegungen auf und bitten sie, nach Maßgabe ihrer Kräfte beharrlich auf die Zusammenarbeit linker Parteien, der Gewerkschaften und der Sozialverbände zur Schaffung einer stabilen Aktionseinheit hinzuwirken.

ISOR unterstützt vorbehaltlos die konsequente Friedenspolitik der Partei DIE LINKE.. Sie erweist sich gegenwärtig in Programmatik und realer Gestaltung ihrer Politik als die einzige der im Bundestag vertretenen Parteien, die jegliche Form von Gewalt und von Angriffskriegen ablehnt.

ISOR begrüßt und unterstützt die umfassende sozial- und gesundheitspolitische Programmatik und die damit verbundenen politischen Konzeptionen der Partei DIE LINKE., insbesondere ihren Kampf um höhere und gerechte Renten, die vor Altersarmut schützen. Wir empfinden die Erklärung ihrer Bundestagsfraktion bei Ablehnung ihrer 17 Anträge zur Überwindung von Rentenunrecht, Versorgungslücken und des Rentenstrafrechts als Wahlversprechen für die neue Legislaturperiode, diese Probleme auch künftig immer wieder auf die Tagesordnung zu bringen und für ihre Lösung zu ringen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten von ISOR bleibt die Herbeiführung einer höchstrichterlichen Entscheidung zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts und ihre adäquate Umsetzung in geltendes Recht. Mit neuen rechtserheblichen Tatsachen streben wir an, die tragenden Feststellungen in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1999 und 2004 zu § 7 AAÜG zu entkräften. Diesem Ziel dient die Unterstützung von Prozessführungen unserer Mitglieder vor einer größeren Zahl von Sozialgerichten aller Ebenen gegen die Regelungen des § 7 AAÜG. Parallel dazu sind die Aktivitäten für die Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen für die Rentenberechnung auf der Grundlage des Urteils des Bundessozialgerichts vom 23.8.2007, wo möglich in enger Zusammenarbeit mit Initiativen in den jeweiligen Fachgewerkschaften und Verbänden fortzusetzen.

Die Vertreterversammlung beschließt, flankierende politische Aktivitäten vor allem auf folgende Richtungen zu orientieren:

- Erhalt unserer gegenwärtigen Mitgliederstärke und Werbung neuer Mitglieder als Basis der Wirksamkeit unserer Vereinsarbeit;
- Herstellung und Pflege solidarischer Arbeitsbeziehungen zu anderen Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen sowie zu Gewerkschaften, aktive Arbeit in regionalen sozialen Bündnissen und demokratischen Parteien außerhalb des Deutschen Bundestages. Festigung und Ausbau persönlicher Kontakte zu Abgeordneten aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, die persönlich unsere Anliegen unterstützen, gegenwärtig jedoch noch nicht bereit sind, dafür auch aktiv zu werden;
- solidarische Einordnung der Zielsetzungen von ISOR im Kampf gegen das Rentenstrafrecht in die lange Liste aktueller sozialpolitischer Forderungen, insbesondere der Angleichung der Löhne, Gehälter und Renten zwischen Ost und West, der Einführung von Mindestlöhnen und einer Grundversorgung, der Abschaffung der Rente mit 67 sowie der Beseitigung des Hartz - IV – Unrechts;
- Unterstützung der zahlreichen Bemühungen, durch sachlich vorurteilsfreie Untersuchungen, Dokumentation und Publikationstätigkeit der immer intensiveren Verfälschung deutscher Geschichte, insbesondere der Geschichte der DDR und zur Kriminalisierung auch einzelner ihrer Organe – besonders ihrer Schutz-, Sicherheits- und Rechtspflegeorgane – entgegenzutreten, die vielfach zur Begründung politischer Ausgrenzung von Menschen und pauschal des Rentenstrafrechts dienen.

Wir vertrauen weiter auf die Einheit und Geschlossenheit unserer Mitglieder und Vorstände. Wir sind überzeugt von der Richtigkeit unseres rechtlichen und politischen Kampfes. Wir bauen auf die rechtlichen Argumente und die juristischen Fähigkeiten unserer Anwälte, die unseren Kampf um Rentengerechtigkeit begleiten.

Wir versichern allen anderen Sozialverbänden und regionalen Bündnissen auch weiterhin der Solidarität von ISOR im gemeinsamen Kampf.